



30. August 2023

Vorlage zur Transparenz von juristischen Personen und anderen Rechtskonstruktionen

Fragen und Antworten

Allgemein

Warum braucht es für die Transparenz von juristischen Personen und anderen Rechtskonstruktionen ein neues Bundesgesetz?

Die gesetzlichen Änderungen sind wichtig, um das Dispositiv der Schweiz angesichts der hohen Geldwäscherei-Risiken, die mit juristischen Personen und Trusts verbunden sind, zu stärken. Die Vorlage soll sicherstellen, dass die zuständigen Behörden sich schnell und effizient mittels eines zentralen Registers über die wirtschaftlich berechnete Person einer Rechtseinheit informieren können. Damit kann Geldwäscherei und Wirtschaftskriminalität wirksamer vorgebeugt werden.

Warum braucht es eine Revision der Anti-Geldwäscherei-Bestimmungen?

Während der Finanzbereich mittlerweile durch verschiedene Sorgfaltspflichten stark in die Prävention von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung eingebunden ist, bestehen diesbezüglich im Nicht-Finanzbereich Lücken. Davon können Kriminelle profitieren. Da Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung eine ernsthafte Bedrohung für die Gesellschaft und die Integrität des Finanzplatzes und die Stabilität des Finanzsystems darstellen, müssen auch besonders risikobehaftete Tätigkeiten des Nicht-Finanzsektors in die Prävention und Bekämpfung von Finanzdelikten einbezogen werden.

Fragen zum Register

Welche juristischen Personen und Rechtseinheiten unterstehen gemäss Vorlage dem Gesetz?

Juristische Personen des schweizerischen Rechts, also AGs, GmbHs, SICAV/SICAF, Genossenschaften, Stiftungen sowie Vereine, die sich ins Handelsregister eintragen lassen müssen. Zudem werden Rechtseinheiten mit Sitz im Ausland erfasst, die eine enge Verbindung zur Schweiz aufweisen und besondere Risiken darstellen (z.B. durch Eigentum an Grundstücken oder den Betrieb einer Zweigniederlassung).

Welche Pflichten haben die dem Gesetz unterstellten Rechtseinheiten?

Die betreffenden Rechtseinheiten müssen künftig die Identität der wirtschaftlich berechnete(n) Person(en) ermitteln und diese Information in geeigneter Weise überprüfen. Sie müssen dies dem Register melden. Dieses soll vom Bundesamt für Justiz (BJ) geführt werden.

Was muss dem Register wann gemeldet werden?

Nach der Eintragung der Rechtseinheit in das Handelsregister verfügt sie über eine Frist von einem Monat, um die Identität ihrer wirtschaftlich berechtigten Personen sowie Art und Umfang der von diesen Personen ausgeübten Kontrolle an das Register zu melden. Änderungen sind innerhalb der gleichen Frist zu melden. Bereits registrierte Rechtseinheiten werden über Übergangsfristen verfügen, um sich beim neuen Register anzumelden (direkte Anmeldung oder parallel zu einer Änderung des Handelsregisters).

Was ist eine «wirtschaftlich berechtigte Person»?

Als wirtschaftlich berechtigte Person gilt eine natürliche Person, die eine Rechtseinheit kontrolliert. Entweder hält sie alleine oder gemeinsam mit einem Dritten eine Beteiligung von mindestens 25% am Kapital oder an den Stimmen, oder sie übt die Kontrolle auf andere Weise aus. Falls keine Person eine der genannten Eigenschaften erfüllt, so gilt das oberste Mitglied des Leitungsorgans als wirtschaftlich berechtigte Person.

Wer hat Zugriff auf die Informationen im Register?

Das Register der wirtschaftlich berechtigten Personen ist aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht öffentlich. Der Zugriff ist gewissen Behörden im Rahmen der Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflichten vorbehalten. Das Register kann auch von Finanzintermediären sowie Beraterinnen und Beratern, die dem GwG unterstehen, zur Erfüllung ihrer geldwäschereirechtlichen Sorgfaltspflicht betreffend ihre Klientinnen und Klienten eingesehen werden.

Wie viele juristische Personen unterliegen der Eintragungspflicht im Register?

Über 500'000 (485'000 Firmen, 18'000 Stiftungen, 11'000 Vereine, 8000 Genossenschaften, 3000 Zweigniederlassungen ausl. Gesellschaften). Für die meisten ist ein vereinfachtes Meldeverfahren vorgesehen.

Fragen zur Rechtsberatung und anderen Beratungstätigkeiten

Warum müssen Massnahmen für Rechtsberufe und Berater eingeführt werden?

Rechtsberufe und andere Fachleute im Bereich der Unternehmensberatung üben Tätigkeiten mit hohem Geldwäscherisiko aus, wenn sie ihre Klienten bei der Gründung oder Strukturierung von Unternehmen oder dem Verkauf von Immobilien unterstützen. Bislang unterliegen sie im Gegensatz zum Finanzsektor keinen Sorgfaltspflichten. Der Entwurf sieht daher die Einführung ähnlicher Verpflichtungen vor, insbesondere die Verpflichtung, den Kunden und den wirtschaftlich Berechtigten einer Transaktion zu identifizieren. Dies trägt zu mehr Transparenz bei juristischen Personen bei und verstärkt den Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität.

Was umfassen die Sorgfaltspflichten für Beraterinnen und Berater?

- Identifizierungspflicht: Die Identität der Kundin oder des Kunden muss überprüft werden. Handelt es sich bei der Mandantin um eine juristische Person, sind auch die wirtschaftlich berechtigte Person sowie der Gegenstand und der Zweck der Transaktion zu identifizieren.
- Weist die Kundin bzw. der Kunde oder die Transaktion ein besonders hohes Risikoprofil auf, kann es notwendig sein, die Herkunft von Geldern zu klären oder zusätzliche Erklärungen zum Zweck der gewünschten Transaktion einzuholen.
- Die Schritte, die im Zusammenhang mit den Sorgfaltspflichten unternommen wurden, sind angemessen zu dokumentieren.

Gilt das Berufsgeheimnis von Anwälten und Anwältinnen sowie Notarinnen und Notare noch?

Ja, das Berufsgeheimnis von Anwältinnen, Anwälten, Notarinnen und Notaren bleibt gewahrt. Die Verpflichtung zur Meldung an MROS entfällt, sobald die Informationen unter das Berufsgeheimnis fallen.

Fragen zu den Sanktionen

Warum braucht es neue Bestimmungen gegen die Verletzung und Umgehung von Sanktionen gemäss Embargogesetz?

Die neuen Bestimmungen dienen vornehmlich der erhöhten Rechtssicherheit. Durch neu vorgesehenen Präventivpflichten im Bereich der Zwangsmassnahmen nach dem Embargogesetz können Finanzintermediäre zudem veranlasst werden, zusätzliche Massnahmen zur Verhütung von Straftaten zu ergreifen.

Fragen zum Immobiliensektor

Warum gelten für alle Immobiliengeschäfte künftig nur noch Sorgfaltspflichten anstelle eines Schwellenwerts?

Die vorgeschlagene Lösung geht davon aus, dass hohe Bargeldzahlungen in den heutigen Wirtschaftsbeziehungen ungewöhnlich sind und bereits nach der derzeitigen Regelung Sorgfaltspflichten auslösen müssen.

Fragen zu den Edelmetallhändlern

Warum wird der Schwellenwert für Bargeldzahlungen gesenkt?

Es darf weiterhin bar bezahlt werden, aber ab 15'000 Franken gelten besondere Sorgfaltspflichten. Diese Schwelle hat sich international durchgesetzt. Damit wird ein Vorschlag aufgenommen, der bereits 2019 Gegenstand der parlamentarischen Beratung war.